

**Gemeinderat - Ö - vom 06.10.2009**  
**1) TOP Bürger fragen**

---

Keine.

## **2) TOP 14-003/09 Jahresabschluss 2008 - Eigenbetrieb "Wasserwerk" - Prüfung**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.  
(einstimmig)

**3) TOP 14-004/09 Jahresabschluss 2008 - Eigenbetrieb "Abwasserbeseitigung" - Prüfung**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

#### 4) TOP 14-005/09 Jahresrechnung 2008 - Schlussbericht

---

Frau Mayer-Schwer: Finanziell sei das Jahr 2009 hervorragend verlaufen. Die Netto-Investitionsrate betrage 5,8 Mio. €. Die Rücklagen haben einen Stand von 10,1 Mio. € erreicht. Dieses exzellente Ergebnis und die grundsätzliche Haushaltsführung der vergangenen Jahre werde mithelfen, die schwierigen Jahre der Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen auf der Einnahmenseite des städtischen Haushalts schon jetzt massiv in Erscheinung treten, zu überstehen. Wichtig sei es deshalb, in den kommenden zwei bis drei Haushaltsjahren nur absolut notwendige Maßnahmen zu realisieren. Wegen der nicht ausreichenden Personalkapazitäten hätten in diesem Jahr Schwerpunktprüfungen nicht durchgeführt werden können. Die Stelle des Technischen Prüfers sei seit August 2008 nicht besetzt. Offenkundig leide die Attraktivität der Stelle an der Teilzeitbeschäftigung. Sie selbst sei aufgrund eines Unfalls ab Mitte Februar 2009 fast sechs Monate ausgefallen und habe nur sporadisch Teilbereiche der Prüfung abdecken können.

An Positivem sei festzustellen:

- Die Kasseneinnahmereste seien stark zurückgegangen. Auf diese Entwicklung sei auf Seite 31 des Schlussberichts eingegangen.
- Die gute Zusammenarbeit mit den Sachgebieten 80 (Herr Trappe und Herr Lehmann) und 50 (Herr Romer und Herr Broghammer).

Prüfungsfeststellungen habe es wie folgt gegeben:

- Der Zuschussbedarf der städtischen Kunstschule sei nach wie vor zu hoch.
- Zur Feststellung hinsichtlich des Beschäftigungsumfanges der Schulsekretärin in der Grundschule Pfohren ergebe sich durch das Untersuchungsergebnis einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Städtetages Baden-Württemberg und der Gemeindeprüfungsanstalt eine neue Situation. Eine grobe Betrachtung lege den Schluss nahe, dass sich für das Schulsekretariat in der Grundschule Pfohren vermutlich ein höherer Personalbedarf ergebe. Es sei der abschließende Bericht des Städtetages sowie die aktuellen Schülerzahlen noch abzuwarten. Dann werde dem Sachgebiet das Prüfungsergebnis unterbreitet und mit diesem die weitere Vorgehensweise besprochen.
- Bereits im letzten Bericht sei das Prüfungsergebnis hinsichtlich der Stromlieferverträge aufgezeigt worden. Das Fachamt habe Ende letzter Woche eine Antwort zugesagt.
- Niederschlagungen von Gewerbesteuerforderungen seien nicht zeitnah bearbeitet worden, dies habe zur Folge, dass das Jahresergebnis positiver dargestellt wurde als es tatsächlich war.
- Es sei ein Kassenkredit für Festgeldanlagen aufgenommen worden. Auch unter Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Vorteiles sei dies rechtlich nicht zulässig gewesen. Eine Visakontrolle für Geldanlagen und Kreditaufnahmen sei daher angeordnet.
- Das Rechenzentrum empfehle seit Jahren eine dezentrale Berechtigungsverwaltung. Die EDV-Stelle würde dann sämtliche Berechtigungsanträge der Fachämter sammeln und diese zur Bearbeitung und Übernahme in das Produktivsystem an das Rechenzentrum weiterleiten. Der Aufwand für die Stadt würde sich beachtlich minimieren. Die Übertragung der Berechtigungsverwaltung sei auch unter finanziellen Aspekten interessant, da der Stadt keine zusätzlichen Kosten entstünden. Dieser Aufwand sei bereits durch die Benutzerpauschale abgedeckt. Ein weiterer Vorteil einer solchen Lösung wäre, dass Personalkapazitäten frei würden und Interessenskollisionen durch die Übertragung auf die EDV-Stelle und das Rechenzentrum vermieden werden könnten.

Dem Gemeinderat empfehle sie, die Jahresrechnung 2008 festzustellen.

(Auf Frage von Stadtrat Karrer) Bei den auf der Seite 52 des Schlussberichts aufgeführten Beanstandungen zur VOB Rechtsprüfung handle es sich um Einzelfälle. Zur Aufnahme des Kassenkredits könne sie nur in rechtlicher Hinsicht Stellung nehmen. Nach § 89 der Gemeindeordnung sei diese Art von Geldgeschäften nicht gestattet.

Herr Schmitt: Er habe den § 89 GemO nicht beachtet. Die Entscheidung zur Aufnahme eines Kassenkredits habe er aus wirtschaftlichen Gründen nach § 77 GemO getroffen. Es habe sich dabei nicht um eine spekulative Geldanlage gehandelt. Das aufgenommene Geld sei definitiv nur bei der Sparkasse angelegt worden.

Stadtrat Karrer: Er dankt Frau Mayer-Schwer für den Schlussbericht. Hinsichtlich der Kasseneinnahmereste sei eine positive Entwicklung festzustellen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**5) TOP 20-029/09 Feststellung Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebs  
Wasserwerk Donaueschingen**

---

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird  
zugestimmt.

(einstimmig)

**6) TOP 20-032/09 Feststellung Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebs  
Abwasserbeseitigung**

---

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 4 der Verwaltung wird  
zugestimmt.

(einstimmig)

## **7) TOP 20-026/09 Jahresrechnung 2008 - Feststellung**

---

**Beschluss:**

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 6 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## 8) TOP 20-034/09 Haushalt 2010 - Einbringung des Entwurfs

---

Herr Schmitt gibt Informationen zum Entwurf des Haushaltsplans 2010.

Oberbürgermeister Frei: Der politische Haushaltsplanentwurf für 2010 sei eine Reaktion auf die absehbaren finanziellen Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung auf die Haushaltswirtschaft der Stadt. Den Fraktionen sei die Möglichkeit eingeräumt, in der Sitzung am 20. Oktober 2009 ihre Anregungen, Vorstellungen und Anträge zum Haushalt 2010 einzubringen. Der Verwaltungshaushalt sei, so wie auch in den Vorjahren, sehr eng kalkuliert. Spielraum für größere Diskussionen werde es deshalb nicht geben. Die Stadt sei aber noch nicht in der Situation, Einschränkungen bei den Leistungen für die Bürger vornehmen zu müssen. Auch gebe es keine Kürzungen beispielsweise bei der Vereinsförderung und bei Zuschussleistungen. In der nächsten Hauptausschusssitzung werde sogar über eine zusätzliche halbe Stelle für Schulsozialarbeit in der Erich Kästner-Schule beraten. Dies sei so möglich, weil Donaueschingen in einer besseren finanziellen Situation sei, wie viele andere Städte. So müssten zum Beispiel in Stuttgart bereits Bibliotheken geschlossen werden.

Im Vermögenshaushalt beabsichtige die Stadt, 1,24 Mio. € für den Bau der Kindertagesstätte mit Kleinkindbetreuung beim Kindergarten Wunderfitz zu investieren. Festes Ziel sei es, im Oktober 2010 diese Kindertagesstätte zu eröffnen. Diese neue Einrichtung bewirke zusätzliche Sach- und Personalkosten. In den Bereichen Bildung, Erziehung und Betreuung werde es weitere Mehraufwendungen geben. Die Verwaltung habe die feste Absicht gehabt, im Zusammenhang mit der Einführung des Orientierungsplanes in den Kindergärten die Personalressourcen aufzustocken. Aufgrund der jetzigen Erkenntnisse sei jedoch festzustellen, dass dies im Haushaltsjahr 2010 finanziell nicht machbar sei. Hinzu komme, dass die Stadt dem Land gegenüber nicht in Vorleistung treten wolle. Es sei vielmehr notwendig, das Land bei der Erfüllung dieser Aufgabe in die Pflicht zu nehmen. Es sei nach wie vor noch nicht klar, ob der Orientierungsplan mit dem neuen Kindergartenjahr verbindlich eingeführt werde oder nicht.

Der Vermögenshaushalt sei im Hochbau geprägt durch die Maßnahmen Donauhallen- und Bahnhofssanierung, Hochwasserrückhaltebecken Wolterdingen, Baarsporthalle, Eichendorffsporthalle und Kindertagesstätte beim Kindergarten Wunderfitz. Maßnahmen im Bereich des Tiefbaus seien für 2010 so gut wie nicht vorgesehen, sondern erst wieder im Jahr 2011. In diesem Jahr werde dann beim Hochbau eine Pause eingelegt. 2012, dem Veranstaltungsjahr der Heimattage, müssten auf die Ausführung großer Maßnahmen im Tiefbau verzichtet werden, um Baustellen in den Straßen der Stadt zu vermeiden.

Es sei auch schon hinterfragt worden, ob die Stadt auf die jetzige Situation schon früher reagieren hätte sollen. Dies sei klar zu verneinen. Die Entwicklung sei sehr rasant fortgeschritten. Die Stadt habe gehandelt, sobald die negativen Auswirkungen für die Stadt erkennbar gewesen seien. Donaueschingen stehe im Vergleich mit anderen Städten aufgrund der guten Arbeit von Gemeinderat und Verwaltung auch in der jetzigen Situation noch verhältnismäßig gut da. Es werde zwar schwierige Jahre geben, diese Herausforderung könne jedoch bewältigt werden. Im Haushaltsplanentwurf seien keine Vorschläge auf Erhöhung der Grundsteuer A und

B sowie der Gewerbesteuer enthalten. Er hielte es für falsch in einer für die Betriebe wirtschaftlich sehr schwierigen Situation diese auch noch mit einer möglichen Erhöhung der Gewerbesteuer zusätzlich zu belasten.

Beschluss:

Der von der Verwaltung eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes 2010 wird zur Kenntnis genommen.

## **9) TOP 80-023/09 Vereinsförderung - Anpassung der Betriebskostenanteile**

---

Oberbürgermeister Frei: Diese Sitzungsvorlage diene nicht dem Zweck, bei den Vereinen Mittel zur Konsolidierung des Haushalts abzuschöpfen. Sinn und Zweck sei es vielmehr, bei den von den Vereinen zu tragenden Betriebskostenanteilen alle Vereine gleich zu behandeln und die Regelung dazu transparent zu gestalten. Über Jahrzehnte hinweg seien sehr viele Einzelfallentscheidungen getroffen worden, die nun nicht mehr nachvollziehbar seien und unter Umständen jetzt auch ungerecht gegenüber den anderen Vereinen seien.

Stadtrat Hall: Es sei richtig und wichtig, eine Regelung zu treffen, die alle Vereine gleich behandle. Den Verwaltungsvorschlag halte er für ausgewogen und gut. Für ihn stelle sich aber die Frage, ob die Kosten für die Kaltmiete angesetzten Quadratmeterpreise mit 4,10 € realistisch seien. Bei vielen Räumlichkeiten halte er den Ansatz für zu hoch und bei einigen wenigen für zu niedrig.

Oberbürgermeister Frei: Die Kostenansätze für die Kaltmieten seien eine Angelegenheit der inneren Verrechnung. Eine Reduzierung im Sinne des Vorschlags von Herrn Stadtrat Hall sei deshalb problemlos möglich.

Stadtrat Karrer: Die Sitzungsvorlage sei sehr gelungen. Es sei wichtig, hinsichtlich der Nutzungsentschädigungen alle Vereine gleich zu behandeln. Dafür bedürfe es einer einheitlichen und transparenten Regelung.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Kuttruff) Es bestehe aus technischen Gründen nicht die Möglichkeit, die Heizkosten auf die nutzenden Vereine umzulegen. Oftmals werde auch ein Raum von mehreren Vereinen benutzt.

Stadtrat Kühn: Im Mehrzweckraum des Schwimmbades im Stadtteil Wolterdingen treffe sich eine Mutter-Kind-Gruppe 26 Mal im Jahr. Die Gruppe sei nicht als Verein organisiert, sondern bestehe als lose Vereinigung. Deshalb werde es für die immer wieder anders zusammengesetzte Gruppe schwierig sein, die Bezahlung der Nutzungsentgelte zu organisieren. Er beantrage aus diesem Grund, die Vereinigung von der Zahlung der Nutzungsentgelte freizustellen. Er sehe auch die Gefahr, dass sich die Gruppe ansonsten auflöse.

Oberbürgermeister Frei: In der Kernstadt habe eine ähnliche zusammengesetzte Gruppe ebenfalls wegen einer Freistellung angefragt. Aus grundsätzlichen Erwägungen habe die Stadt in diesem Fall auf der Zahlung einer Nutzungsentschädigung bestanden. Im Sinne einer Gleichbehandlung sehe er deshalb nicht die Möglichkeit, in diesem Fall auf die Erhebung der Nutzungsentschädigung zu verzichten. Er halte es aber auch für zumutbar, für die Nutzung eines städtischen Raumes pro Jahr eine pauschale Nutzungsentschädigung von 129,- € zu zahlen. Wenn die Mitglieder der Gruppe diese Nutzungsentschädigung nicht zahlen möchten, gebe es sicherlich auch Möglichkeiten, sich in privaten Räumen zu treffen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Es sei wichtig, für alle Vereine eine einheitlich Lösung zu finden. Die GUB-Fraktion werde deshalb dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Es sei auch nicht zutreffend, dass die vorgeschlagene Neuregelung diejenigen benachteilige, die bisher städtische Räume kostenlos nutzen konnten. Vielmehr sei es so, dass Vereine, die bisher schon bezahlt haben, gegenüber den kostenlosen Nutzern benachteiligt gewesen seien. Ihrer Ansicht nach dürfte bei der Regelung der Nutzungsentschädigung nicht der jeweilige Vereinszweck zum Maßstab gemacht werden. Dies würde ansonsten erneut zu Einzelfallentscheidungen führen.

Stadtrat Blaurock: Aus der vorgelegten Auflistung sei leider nicht ersichtlich, welche Leistungen von den einzelnen Vereinen bisher schon erbracht worden seien. Die Kosten die für Reinigung, Strom, Wasser und Heizung von den Vereinen bereits jetzt schon selbst bezahlt werden, hätten ebenfalls aufgelistet werden müssen. In dieser Hinsicht sollte die Auflistung nochmals überarbeitet werden.

Stadtrat Rögele: Was die Kosten betreffe, müsse eine Vergleichbarkeit zwischen den Vereinen hergestellt werden. Bei den in der Auflistung genannten ersten drei Vereinen sei dies beispielsweise nicht gelungen. In dieser Hinsicht müsse die Auflistung nochmals überarbeitet werden.

Oberbürgermeister Frei: Die Verwaltung werde die Anregungen und Änderungsvorschläge umsetzen.

Stadtrat Hall: Nach Möglichkeit sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass alle Nutzer der Räumlichkeiten in der Stadtmühle die für ihre Räumlichkeiten anfallenden Heizkosten selbst bezahlen.

Beschluss:

1. Dem Antrag von Stadtrat Frank Kühn (Verzicht auf die Erhebung der Nutzungspauschale von 129,00 € bei der Mutter-Kind-Gruppe in Wolterdingen) wird nicht zugestimmt.

(18 Nein, 8 Ja, 5 Enthaltungen)

2. Es wird zugestimmt, dass künftig die Heizkosten von allen Nutzern städtischer Räume in der Stadtmühle selbst getragen werden.
3. Der Anhebung der Jahrespauschalen für die Nutzung von städtischen Räumen wird, wie vorgeschlagen, zugestimmt. Die Neuregelung tritt zum 01.01.2010 in Kraft.

(einstimmig)

4. Es wird zugestimmt, dass die Gewichtheber letztmalig für den Abrechnungszeitraum 2009/2010 einen Heizkostenzuschuss von 50 % erhalten.

(einstimmig)

5. Die Betriebskostenanteile werden künftig, jährlich, dem vom Statistischen Landesamt ermittelten Lebenshaltungsindex angepasst.

(einstimmig)

## **10) TOP 80-028/09 Sport- und Mehrzweckhallen/Sportzentrum Haberfeld Erhöhung Betriebskostenanteile**

---

Oberbürgermeister Frei erläutert ergänzend zur Sitzungsvorlage den Tagesordnungspunkt. Primäre Zielsetzung der städtischen Vereinsförderung sei in erster Linie die Unterstützung der Jugendarbeit der Vereine. Dem werde mit den in dieser Vorlage empfohlenen Beschlüssen Rechnung getragen. Die gemachten Vorschläge beinhalteten auch eine Dynamisierung der städtischen Förderbeträge. Damit sei gewährleistet, dass ein Zuschuss von beispielsweise zurzeit 8,00 € pro Jugendlicher in zehn Jahren immer noch 8,00 € wert sei. Mit Realisierung der Neuregelung könne davon ausgegangen werden, dass von den Vereinen die Notwendigkeit der Reservierung von Hallen und Einrichtungen vielleicht intensiver geprüft werde als bisher.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Die FDP/FW-Fraktion werde den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen. Die Förderung der Jugendarbeit sei wichtig. Mit den vorgeschlagenen Beschlüssen werde dem auch Rechnung getragen.

Stadtrat Hall: Er beantrage, die laufende Förderung pro jugendlichem Mitglied abweichend vom Verwaltungsvorschlag auf 8,50 € zu erhöhen.

Stadtrat Karrer: Auch die SPD-Fraktion sei für die Erhöhung des Jugendzuschusses auf 8,50 €. Nicht sinnvoll erscheine ihm die im Verwaltungsvorschlag vorgenommene Aufteilung der Nutzungsentgelte in Turniernutzung und Wochenendnutzung. Es sollte vielmehr ein einheitlicher Betrag festgelegt werden. Ebenfalls empfehle er, auf die vorgesehene zeitliche Begrenzung der Nutzungsdauer zu verzichten. Die Kosten bei der Baarsporthalle für ein Hallenteil solle von 50,- € auf 40,- € reduziert werden und die Kosten für die ganze Halle von 180,- € auf 120,- €. Bei der Realschulsporthalle sollen die Kosten für ein Hallenteil von 90,- € auf 70,- und für die ganze Halle von 130,- € auf 100,- € reduziert werden.

Herr Trappe: Hinsichtlich der vorgeschlagenen Stundenbegrenzung habe er sich an das Mietpreissystem der Donauhallen gehalten.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Auch die GUB-Fraktion werde der Erhöhung des Jugendzuschusses auf 8,50 € zustimmen. Dies sei der richtige Lösungsansatz zur Förderung der Jugendarbeit durch die Stadt.

Stadtrat Wild: Er sei ebenfalls der Ansicht, dass bei den Nutzungsentgelten nicht zwischen Wochenendnutzung und Turniernutzung differenziert werden dürfe.

Stadtrat Rögele: Den Vorschlag für die unterschiedliche Festlegung der Nutzungsentgelte für die Baarsporthalle und die Realschulsporthalle halte er nicht für sachgerecht. Seiner Ansicht nach seien die Vorschläge zu korrigieren. Es sei nicht nachvollziehbar, dass zum Beispiel für die Nutzung eines Hallenteils der Baarsporthalle ein Nutzungsentgelt von 50,- € und für die Nutzung der drei Hallenteile der gesamten Halle 180,- € zu zahlen seien. Auch bei der Realschulturnhalle sei es so, dass weniger bezahlt werden müsse wenn die Hallenteile einzeln anstatt als Halle im Gesamten angemietet würden.

Oberbürgermeister Frei: Er schlage vor, dass das Nutzungsentgelt für einzelne Hallenteile der Baarsporthalle und der Realschulsporthalle in gleicher Höhe mit 45,00 € festgelegt werden. Bei dieser Lösung betrage das Nutzungsentgelt für jeweils die ganz Halle bei der Baarsporthalle 135,00 € und bei der Realschulsporthalle 90,00 €. Hinsichtlich der Aufspaltung zwischen Wochenendnutzung und Turniernutzung sowie der Stundenbegrenzung ziehe die Verwaltung ihren entsprechenden Vorschlag zurück.

Stadtrat Karrer: Die SPD-Fraktion werde den Beschlussvorschläge Nr. 1 und Nr. 2 nicht zustimmen, weil die vorgeschlagenen Sätze als zu hoch angesehen werden.

Beschluss:

1. Der Festsetzung einer einheitlich Nutzungsentschädigung für die Baarsporthalle und die Realschulsporthalle mit 45,00 € pro Halleneinheit sowie dem Verzicht auf die Differenzierung hinsichtlich Wochenendnutzung und Turniernutzung sowie auf die Stundenbegrenzung wird zugestimmt.

(26 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung)

2. Der Festlegung des Nutzungsentgelt für Jugendliche wird wie folgt zugestimmt: Baarsporthalle pro Hallenteil 15,- €, ganze Halle 45,00 €, Realschulsporthalle pro Hallenteil 15,00 €, ganze Halle 30,00 €.

(26 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung)

3. Dem Inkrafttreten der in den Ziffern 1 und 2 beschlossenen Regelung zum 01.01.2010 wird zugestimmt.

(30 Ja, 1 Enthaltung)

4. Dem Antrag von Stadtrat Konrad Hall zur Festsetzung des Jugendzuschusses mit 8,50 € wird zugestimmt.

(einstimmig)

5. Es wird zugestimmt, dass die Betriebskostenanteile künftig jährlich dem vom Statistischen Landesamt ermittelten Lebenshaltungsindex angepasst werden.

(30 Ja, 1 Enthaltung)

6. Es wird zugestimmt, dass der Jugendzuschuss bei der Vereinsförderung künftig jährlich dem vom Statistischen Landesamt ermittelten Lebenshaltungsindex angepasst wird. Der erhöhte Betrag wird kaufmännisch auf volle Zehn-Centbeträge gerundet.

(30 Ja, 1 Enthaltung)

## **11) TOP 10-062/09 Gutachterausschuss - Neubesetzung**

---

Aus der Mitte des Gemeinderates werden für die Wahl in den Gutachterausschuss vorgeschlagen:

1. Als Vertreter des Gemeinderates:

Stadträte Karlheinz Bäurer, Christian Kaiser, Gottfried Vetter und Franz Wild.

2. Externe Vertreter:

Dipl. Ing. Margit Zeller und Architekt Alexander Schmid.

Für den Vorsitz wird Stadtrat Karlheinz Bäurer vorgeschlagen, für die Stellvertretung Margit Zeller.

### **Beschluss:**

1. Als Mitglieder des Gutachterausschusses werden gewählt:

Als Vertreter des Gemeinderats:

Stadtrat Karlheinz Bäurer  
Stadtrat Christian Kaiser  
Stadtrat Gottfried Vetter  
Stadtrat Franz Wild

(einstimmig)

2. Als externe Mitglieder:

Dipl. Ing. Margit Zeller  
Architekt Alexander Schmidt

(einstimmig)

3. Gewählt werden

a) Als Vorsitzender des Gutachterausschusses  
Karlheinz Bäurer

b) Als stellvertretender Vorsitzender  
Franz Wild

(einstimmig)

## **12) TOP 10-060/09 Amt für Innenrevision - Übertragung weiterer Aufgaben**

---

**Beschluss:**

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

### **13) TOP 10-080/09 Stadtbibliothek - Besetzung Stelle Mitarbeiterin**

---

**Beschluss:**

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.  
(einstimmig)

**14) TOP 20-031/09 Gründung eines Tochterunternehmens des BGV in Form einer Aktiengesellschaft**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.  
(einstimmig)

**15.1) TOP 60-129/09 Bahnhofsunterführung und Zugangsbereich / Vergabe  
Personenaufzüge**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.  
(einstimmig)

## **16) TOP 60-126/09 Schlosspark - Bericht über den Einsatz der Technischen Dienste**

---

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Karrer) Durch die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben seien die Technischen Dienste nicht immer in der Lage, bestimmte Aufgaben so schnell wie bisher zu erledigen. Insgesamt gesehen, seien die Technischen Dienste personell so ausgestattet, dass sie die ihnen übertragenen Aufgaben gut erledigen können. Diese seien teilweise durch die Auslagerung bestimmter Aufgaben entlastet worden. Außerdem habe eine bessere technische Ausstattung in einigen Bereichen eine effektivere Aufgabenerledigung ermöglicht. Die Verwaltung werde nicht vorschlagen, das Personal im Bereich der Technischen Dienste aufzustocken. In allen Bereichen der Verwaltung sei Personal abgebaut worden. Allen Mitarbeitern werde somit zugemutet mehr Arbeit mit weniger Personalressourcen zu erledigen. Nur in den Bereichen Bildung und Erziehung habe es eine Personalaufstockung gegeben.

### Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

## **17) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes**

---

Keine.